

Der Spatz im Gebälk

Quergedacht: Was viele denken aber wenige auszusprechen wagen
Anstößige Texte zum Runterladen und Weiterverbreiten

Sicherheit in einer sich wandelnden Welt: ...und die Meinungsvielfalt

„Sicherheit in einer sich wandelnden Welt“ war ein schönes Thema, das sich Tony Blair für seine Regierungserklärung ausgesucht hat, die er die Queen of England vor den versammelten Lords und Commons hat vorlesen lassen. Doch man hörte nur den alten Quatsch: „Mehr Gesetzte gegen die Kriminalität, bei weiter steigender Kriminalität. Mehr Gesetzgebung zur Gesundheit, aber immer mehr Krankenhäuser schließen. Mehr Einwanderungsgesetze, doch unsere Grenzen geraten völlig außer Kontrolle“ klagte der Konkurrent nach der Rede, David Cameron, der Führer der Konservativen. Er fand nur eine Sache zustimmungswürdig, weil sie aus dem Programm der Konservativen geklaut sei. Der Umweltminister verlangt eine 60% Reduktion der Treibhausgas-Emission. Wir Konservativen, meinte Cameron, gehen noch weiter, wir wollen einen eigenen Kommissar, der die zulässigen Abgabewerte überwacht. Ein neues Amt und neue Arbeitsplätze! Dann unterstützte der Konservative noch das Vorgehen in Afghanistan und Irak „Einfach abrechnen und davonrennen würde in einem Gemetzel enden“. (vgl. Daily Mail, Telegraph Times vom 15.11.) Aber, wo – bitteschön – ist die angekündigte „Sicherheit“? Nichts als Sprüche. Aber so ist das, abgesehen von neuen Steuern, Abgaben d.h. sogenannten „Reformen“, erfährt man von Politiker eben nur impotente Sprüche.

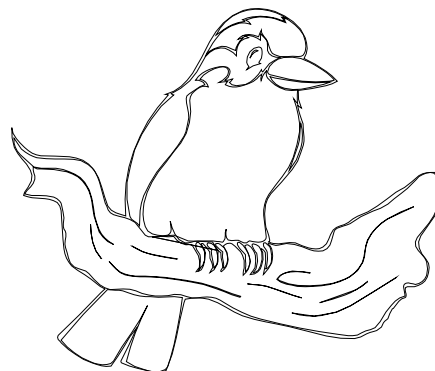
Woran das liegt? Die Politik ist impotent, ihre Vertreter sind es noch mehr. Sie vereinigen auf sich zwar die „Macht, die vom Volke ausgeht“, doch diese Macht ist Ohnmacht – und zwar aus einem einfachen Grund, weil: „Geld ist Macht!“ (wenigstens solange das Volk daran glaubt!) und das Geld geht nicht vom Volke aus, es wird ihm geliehen und dafür muß es Schuld- und Zinszahlungen leisten. Kreditgeld ist der Fliegenfänger, an dem das ganze Volk zappelt. Denn Geld geht von den Privaten Investmentbanken, den ganz großen ganz oben, in dem Maße aus, indem diese das Volk verschulden. So jedenfalls haben es die Oberdemokraten in zwei Weltkriegen für die „demokratische“ Welt verbindlich festgelegt.

Über die „Sicherheit“ sprach auch der frühere Schatzamtssekretär der USA,

Robert Rubin (nach Bloomberg vom 15.11.) auf einem Videotape, das bei einem Festessen abgespielt worden war, zu dem die „Concord Coalition“ eingeladen hatte. Er klagte darüber, daß ausländische Zentralbanken, Hedge Fonds und andere die US Treasury Notes aufkaufen und dadurch die Finanzierung der US Defizite erst ermöglichen, denn im Land selbst würde nicht mehr gespart. „Es erscheint nahezu unbegreiflich, daß das so weitergehen wird“. Das jedenfalls ist die „Sicherheit“ von der er ausgeht. Ähnlich auch der frühere Vorsitzende der Federal Reserve Bank Paul Volcker bei dem gleichen Treffen: Der US-Geldbedarf läßt das Risiko der Krise steigen. „Es ist unglaublich, daß die Leute solange mitgemacht haben und ihre Dollar festgehalten haben. Irgendwann ist es soweit, daß diese Leute davon genug haben.“ Sicher ist sicher.

Eine ganz andere Sicherheit sieht John C. Dugan wanken. Dugan ist der US-Währungshüter (Comptroller of the Currency). Im Nachrichten Dienst seines Hauses vom 10.11. war zu lesen. Dugan habe in einer Rede auf der Jahrestagung der New Yorker Bankers Associates am 10.11. gesagt: Die Risiken, daß Derivate falsch verwaltet werden, „können zu den Marktstörungen beitragen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Finanzinstitutionen im allgemeinen berührt“. Des weiteren führe er aus, daß „die Belastung durch Kredit-Derivate real bleibt und ein recht bedeutendes Risiko darstellt.“ Er sagte ferner, daß die fünf größten Banken 97% der offenen Derivatverträge mit einem Geldwert von 119 Billionen (trillion) Dollar halten. Er nannte keine Namen, doch dürfte es nicht schwerfallen diese Banken ausfindig zu machen. Es dürfte sich weitgehend um die Eigentümer der Federal Reserve Bank handeln. Auch das ist wieder ein vorsichtiger Hinweis für alle, die hinter den Beteuerungen der Medien: „Alles unter Kontrolle“, den feineren Zungenschlag mitbekommen, das Geldsystem hat seine Grenzen erreicht.

Für alle, die sich nicht um Derivate kümmern, weil sie selbst keine Verträge eingegangen sind und nicht wissen, wie viel ihre Lebens- oder Sozialversicherung da mitgespielt hat, noch ein dritter deutlicher Hinweis auf die „Unsicherheit in einer



19.10.2006

DIESE WOCHE

Sicherheit ist ein hohes Gut, aber immer vom Geld abhängig. Warum das so ist, demonstriert der Spatz hier auf eindrucksvolle Weise. Er zeigt, wie „Heuschrecken“ die Medien beherrschen und damit das öffentliche Bewußtsein. Er zeigt, wie fragil die internationale Finanzarchitektur inzwischen ist – und wie risikoreich sie damit geworden ist. Und wie nah wir schon einem Zusammenbruch sind.

DIESE SEITE

Gedanken, die das Regime nicht mag: Auf dieser Seite finden Sie regelmäßig eher unkonventionelle Beiträge, die auf politische Denkverbote keine Rücksicht nehmen.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Dr. Böttiger (Texte) und Harry Zingel (Gestaltung, Technik, Veröffentlichung).

Dr. Böttiger Verlags GmbH
Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden
Tel 0611-77861-0, Fax 0611-77861-18
E-Mail: boettigerdrh@web.de

Harry Zingel, Unternehmensberater
Neue Straße 8, 99091 Erfurt-Gispersleben
Tel. 0172-3642082, 0361-2606029,
Fax 0361-2118928
Internet: <http://www.zingel.de>,
E-Mail: HZingel@aol.com

Diese Seite darf beliebig kopiert, gespeichert und weiterverbreitet werden, solange ihr Inhalt unverändert und die Bezugsquelle genannt wird.

Adresse dieser Seite im WWW:

<http://www.spatzseite.de>

sich wandelnden Welt“. Auch der neue Direktor des Bundesamts für Überwachung der Wohnungswirtschaft (OFHEO) James Lockhart, sprach vor dem New Yorker Bankiersverband. Er verlangte für sich Vollmachten wie sie der „Bank-Regulator“ habe, um mit den Auswirkungen auf die Finanzmärkte und Banken umgehen zu können, die von den „signifikanten finanziellen Schwierigkeiten der highly leveraged“, halbstaatlichen Hypothekenhäuser „Fannie Mae“ und „Freddie Mac“ ausgehen. Diese beiden von der Regierung gestützten Unternehmen besitzen oder garantieren über 40% aller Wohnungshypotheken im Wert von 4 Billionen (trillion) Dollar in den USA. Darunter fallen auch durch Hypotheken abgesicherte Kredite. Das enorme Wachstum ihrer Belastung „hat auch das ihnen eigene Risiko vergrößert, systemische Ereignisse (d.h. eine Geldsystem-Krise) auszulösen.“ Die finanzierenden Banken, „insbesondere Banken mit großen Mengen an GSE-Schulden können Verluste und Liquiditätsprobleme erleben, die zu Einschränkungen bei der Kreditvergabe oder sogar zu ihrem Ende („bank failures“) führen können.“ Ende 2005 hätten über 60 % aller Banken (der USA) Verbindlichkeiten von „Fannie“ oder „Freddie“ besessen und Sicherheiten auf Hypothekenbasis stellten 50% ihres Eigenkapitals dar. „Auch viele Hypotheken-Beleiher dürften Schwierigkeiten haben, ihr Geschäftsmodell aufrechtzuerhalten“. Der vielgelobte und uns immer wieder als Vorbild vorgehaltene Boom in den USA kam dadurch zustande, daß viele Leute ihre Immobilien bis an die Belastungsgrenze und darüber hinaus mit Schulden beladen haben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Bekanntlich geht die Kreditaufnahme positiv in die Berechnung des Bruttosozialprodukts ein. Nun fallen aber die Häuserpreise und damit der Wert der gebotenen „Sicherheiten“.

Aber nicht nur „Fernab in der Türkei...“ Laut Financial Times vom 15.11. sagte Jon Moulton der Chef von Alchemy Partners bei einem Treffen der Superinvestoren in Paris. Die Übernahme durch Private Equity Fonds machte aus rund 200 europäischen Firmen „geköpfte Hühner“, die „so gut wie tot“ sind. Insgesamt seien etwa 2.500 privaten Firmen von Privat Equity Firmen rund 768 Mrd. Dollar zusätzliche Schulden aufgebürdet worden. „200 davon wurden einer „leveraged recapitalization“ unterzogen, indem sich die Private Equity Fonds ihre gesam-

te Investition aus der Firma zurückgeholt und gleichzeitig der Firma neue Schulden aufgehalst haben. „Es wird nächstes Jahr eine große Anzahl von Konkursen geben, da manche dieser Firmen 11 Schichten übereinander gestapelter Schulden tragen.“

Ein gutes Beispiel für „leveraged recapitalization“ und die Rolle, welche die Regierung dabei spielt, bietet die Übernahme und Ausplünderung von ProSiebenSat.1. „Heuschrecken-Alarm: Der Verkaufspoker um ProSiebenSat.1 zeigt die Absurdität hiesiger Kartellpolitik: Während sie heimische Medienkonzerne blockiert, lockt sie anonyme Finanzinvestoren aus dem Ausland an“ mußte sogar Der Spiegel (Heft Nr. 46/2006, S. 24) feststellen. Der Spiegel schreibt natürlich aus Wut: Er war selbst als Bieter „von der Politik“ abgeschmettert worden. Auch der Bauer-Konzern hatte für das Medienunternehmen Ende 2002 noch zwei Mrd. Euro geboten. Doch fangen wir mal von vorne an: Das Finanzgenie Ackermann von der Deutschen Bank hatte durch gezielte Indiskretion den Medienkonzern Kirch-Gruppe zur Freude „der Linken“ in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Nun rissen sich Konkurrenten wie Der Spiegel, der Bauer Verlag aber auch Berlusconi MediaSet um das „Objekt“. Das Höchstgebot lag – soweit bekannt – mit 2 Mrd. Euro beim Bauer-Verlag. Das Objekt ging für 500 Mio., das heißt für ein Viertel an den Israelischen Kriegstreiber Chaim Saban, der laut Focus Nr. 13/2003, S. 160 die verlogene Meinung vertrat „Ich glaube, daß aggressive Diktaturen, die Massenvernichtungswaffen besitzen und Terroristen unterstützen, entwapfnet werden müssen“. Es wird gemunkelt, daß die rot-grüne Regierung ihm die anderen drei Viertel des Verkaufspreises aus Steuereinnahmen wahrscheinlich als eine Art „Wiedergutmachung“ geschenkt hat. Wie sonst könnte die Regierung einem Privatmann solche Summen zukommen lassen. Um ihre Globalismus-Freundlichkeit unter Beweis zu stellen, hätte sie auch dem Europäer Berlusconi den Zuschlag zum Höchstgebotspreis geben können.

Die Süddeutsche Zeitung kennt einen anderen Grund dieser zunächst verheimlichten Großzügigkeit der Regierung. „Die amerikanische Botschaft in Berlin hat beim (damals rot-grünen) Bundeskanzleramt und über das Münchner Generalkonsulat auch bei der bayerischen CSU-Regierung wegen des Verkaufs der Me-

diengruppe Kirch interveniert. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung fragte die US-Vertretung nach, warum nicht ernsthaft mit dem amerikanischen Medien-Milliardär Chaim Saban verhandelt werde.“ (Süddeutsche Zeitung vom 16.1.2003, S. 17). Da konnten der rote Kanzler und schwarze Ministerpräsident – wie immer bei solchen Anrufen – nur noch die Hacken zusammenschlagen und „Jaawoll“ brüllen.

Der Israeli Chaim Saban, als Angehöriger seiner Glaubensrichtung ist man ja quasi automatisch auch israelischer Staatsbürger, tat natürlich das, was für ausländische Finanzinvestoren inzwischen üblich zu sein scheint: Kaum war er der begünstigte Besitzer von ProSiebenSat.1, gönnte er sich aus dem Firmenvermögen laut Spiegel eine Auszahlung von 1,25 Mrd. Euro für seine Privatkasse. Während man sich angeblich höheren Orts um die Meinungsvielfalt Sorgen machen zu müssen glaubte, ging es der Regierung wohl eigentlich darum, für die richtige Meinung, die des „verbündeten Auslands“ Sorge zu tragen. „Heuschrecken kontrollieren praktisch die gesamten TV-Kabel-Netze und seit Dezember vorigen Jahres auch einen der lukrativsten Programminhalte [...] Sie schlucken Nachrichtenagenturen wie ddp und beteiligen sich an Werbe-Klassiker wie Scholz & Friends. Schritt für Schritt und weitgehend unterhalb des Radarschirms der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit läuft eine Übernahmewelle ohne Beispiel. [...] Die Besitzverhältnisse an der Bewußtseinsindustrie sind immer auch eine politische Frage“, schrieb der enttäuschte Spiegel (46/2006). Und manchmal ist es nur noch die Enttäuschung, die zu wahren Aussagen führt, wie der Frage: „Und welche Ideen, Ideologien und Interessen steuern die neuen Inhaber?“ Nein, es geht nicht nur ums Geld.

Aber wir können getrost sein: Wenn Sie eines Tages in den Laden gehen und für ein paar Euro Brot einkaufen wollen, der Bäcker sie aber anlächelt und sagt: „Mein gutes Brot für das lumpige Blech?“, dann werden die Ideologien, stammen sie nun aus dem Spiegel oder vom Herrn Saban keine Rolle mehr spielen. Dann spätestens werden sie sich um die Sicherheit in einer sich verändernden Welt umtun müssen, und sie nicht mehr bei ihrer Regierung, Bank oder Versicherungsgesellschaft suchen können. Wo aber dann? Andere können rufen, warnen, schimpfen etc. Aufwachen muß man schon selbst.